

Gedanken eines Bürgers zur sicherheitspolitischen Strategie

Autor(en): **Bänninger, Alex**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **172 (2006)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **10.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-70452>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Gedanken eines Bürgers zur sicherheitspolitischen Strategie

Eine demokratisch abgestützte und mehrheitsfähig aktualisierte Strategie der Sicherheitspolitik fehlt. Das ist gravierend. Es könnte allerdings auch sein, dass wir es mit einer Zeiterscheinung zu tun haben. Dann wäre das Gravierende schwerlich aus der Welt zu schaffen. Eine unvoreingenommene Situationsanalyse leuchtet die möglichen Ursachen der Strategielosigkeit auf und zeigt einen Weg auf, wie das Defizit behoben werden könnte.

Alex Bänninger*

Noch vor wenigen Jahren trat die Armee mit Manövern in Erscheinung, mit Vorbeimärschen und Flugmeetings. Sie war beeindruckend präsent. Heute sehen wir die Militärpersonen begrifflicherweise gelangweilt und alles andere als attraktiv vor den Eingängen diplomatischer Vertretungen. Die Friedenseinsätze finden in fernen Regionen statt, aus denen wir nur gelegentlich etwas hören. Die Armee ist optisch und mit ihrer direkten Erlebbarkeit abgetreten. Sie bedient die Erwartungen ihrer Gegner weitaus effizienter als jene der Befürworter. Das ist eine nüchterne Feststellung – ohne jede Nostalgie und ohne jeden kalkkriege- rischen Reflex. Die Zeiten ändern sich eben und wir mit ihnen.

Darum könnte die Frage rhetorisch sein, ob eine Armee in Redimensionierung, die viele als Liquidation auffassen, überhaupt eine kluge und moderne sicherheitspolitische Strategie braucht. Die Geister scheiden sich bei jenen, die sich noch für die Armee engagieren und die allgemein schwindende Bereitschaft zeigen, sich mit ihr konstruktiv auseinander zu setzen.

Das Primat der Politik ist in Gefahr

Offenbar wird vergessen, dass auch eine «Armee der Wenigen» eine Armee ist. In einer Demokratie benötigt sie – ob reduziert oder wachsend, ob in Dauerreform oder konsolidiert – das kontinuierliche und wache öffentliche Interesse. Seine Wahrnehmung setzt eine sicherheitspolitische Strategie voraus. Nur auf ihrer Grundlage können die Leistungsaufträge an die Armeeführung gültig und sinnvoll formuliert und kontrolliert werden. Vor allem aber: ohne Strategie gefährdet die Politik ernsthaft ihr Primat über die Armee. Eine strategielose Situation widerspricht dem demokratischen Verständnis diametral.

Das fällt nicht als dermassen schlimm auf, wie es sein müsste. Auch deshalb nicht, weil wir den Glauben an kühne Konzepte verloren haben. Das Misstrauen ist berechtigt in einem Land, das die Kultur des Pragmatismus pflegt. Aber zwischen fabelhaften

Luftschlössern und bodennahem Wursteln von Tag zu Tag gibt es denn doch erhebliche Unterschiede. Alles spricht für eine an den Realitäten orientierte Strategie als Mittel zum Zweck und keineswegs als «l'art pour l'art».

Die Forderungen laufen ins Leere

Massgebende Kreise fordern zu Recht einen sicherheitspolitischen Diskurs und eine daraus resultierende Strategie. Diese Initiativen laufen bedenkllicherweise ins Leere.

Die SOG löste mit ihrem im vergangenen November verabschiedeten Positionspapier zwar intern und extern ein breites Echo aus, ohne aber den verlangten Entscheidungsprozess einleiten zu können. Gleiches widerfährt den Milizorganisationen. Die Entschlossenheit der Präsidentin der sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates, zur Deblockierung beizutragen, hat bisher ebenfalls nichts bewegt. Die Redaktion der ASMZ, die das Thema regelmässig mit fundierten Argumenten bearbeitet, sieht sich als Prophetin im eigenen Land.

Diese Aufzählung zeigt trotz ihrer Unvollständigkeit einen beunruhigenden Zustand: dass der Sache verpflichtete Experten und verantwortungsbewusste Kräfte von Bundesrat und VBS nicht zur Kenntnis genommen werden. Dabei verfolgt das Engagement ein ebenso vernünftiges wie unverzichtbares Ziel, nämlich eine stabile, demokratisch legitimierte Basis zu schaffen für die erfolgreich führbare und wirksam kontrollierbare Armee. Es geht nicht an, diese laufend umzubauen und auszurüsten ohne prinzipielle Klarstellung der Strategie. Artikel 58 der Bundesverfassung und Artikel 1 des Militärgesetzes umreissen den Armeeauftrag klar. Um Strategien freilich handelt es sich naturgemäss nicht.

Untaugliche Klärungsversuche

Im antiken Griechenland wurden Heerführer als «Strategen» bezeichnet. Deshalb dürfte es keine Heerführer geben, die strategisch mit leeren Händen dastehen. Das wäre ein fundamentales Defizit. Ihm versucht die per Ende Dezember 2005 vorgenommene «Berichterstattung nach Artikel

149b des Militärgesetzes» etwas entgegenzuwirken, auch die Begründungen für die Organisationsänderung der Armee und die Studie zu «Durchhaltefähigkeit und Aufwuchs».

Doch den in diesem Zusammenhang vorgenommenen strategischen Überlegungen haftet der Mangel an, einerseits inkonsistent zu sein und andererseits nicht als das Ergebnis einer öffentlichen und demokratisch sauber strukturierten Diskussion gelten zu können. Es äussert sich das VBS. Und es äussert sich heute noch gleich wie vor bald sechs Jahren: «Die im Sicherheitspolitischen Bericht 2000 und im Armeeleitbild XXI dargestellte Einschätzung der Bedrohungen, Gefahren und Risiken sowie die darauf abgestützte sicherheitspolitische Strategie der Schweiz treffen immer noch zu.»

Das ist nach dem 11. September 2001, nach unserem Beitritt zur UNO sowie nach den Kriegen in Afghanistan und im Irak weit davon entfernt, zwingend zu sein. Auch im Licht der atomaren Bedrohung durch den Iran und des strategischen Wandels der NATO. Sie entfaltet Aktivitäten ausserhalb ihres Bündnisraumes, was unsere Mitgliedschaft bei «Partnerschaft für den Frieden» unmittelbar berührt. Es darf der Kopf geschüttelt werden, wenn der Zwischenbericht kurz und bündig folgert, es brauche weder eine neue sicherheitspolitische Orientierung noch ein neues Armeeleitbild.

Angesichts einer als unverändert eingeschätzten Bedrohung erstaunt es, weshalb es unabdingbar sein soll, den ohnehin steilen Weg zur Armee XXI mit dem Projekt Armee 2008/11 zusätzlich zu erschweren. Wäre die sicherheitspolitische Strategie entwickelt oder doch in die Phase der Diskussion gebracht worden, dann hätten wir es ein Stück einfacher, die geplante Organisationsänderung der Armee auf ihre Notwendigkeit und Tauglichkeit hin zu überprüfen.

Nebulöse Studie

Nichts zur strategischen Klärung steuert die Studie «Durchhaltefähigkeit und Aufwuchs» bei. Sie ist abstrakt und nebulös. Banale Sätze wie «Ausschlaggebend für die Leistungen, zu welchen die Armee fähig sein muss, sind die aktuellen und für die Zukunft absehbaren Bedrohungen und Gefahren», wären tunlichst zu vermeiden.

ZITAT DES MONATS

«Trennendes in den Hintergrund, Einiges in den Vordergrund.»
BR Rudolf Mingers Leitlinie 1940

* Alex Bänninger, Publizist, Inhaber einer Kanzlei für Kultur und Kommunikation, Oberstleutnant aD, 9507 Stettfurt.

Gelesen

in einem Vortragstext vom 6. Juni 2006 unter dem Titel «Politik und Streitkräfte-transformation» von Nationalrätin Barbara Haering, Präsidentin der Sicherheitspolitischen Kommission:

«Strategische Führung? Operative Führung? Um diese Unterscheidung kümmerte sich das Parlament nicht. Oder lapidar gesagt: In den letzten Jahren steuerte die Politik am liebsten auf allen Ebenen.» G.

Eine Studie, die von sich selber sagt, sie liefere «nicht das abschliessende Wort zum Thema Aufwuchs, sondern die Überprüfung der Mechanik des Aufwuchses anhand mehrerer Varianten», hätte getrost unterbleiben können. Dann würde uns das abschliessende Eingeständnis nicht verärgern, es sei eine Grundlage elaboriert worden «für weitere Abklärungen, auch wenn erst bei der Herausbildung einer konkreten Bedrohung festgelegt werden kann, wozu die Armee aufwachsen muss und was dafür nötig ist».

Vor dem Hintergrund dieser Darlegungen und der Fortschreibung des «courant normal» überrascht es nicht, wenn Bundesrat und VBS in der «Berichterstattung nach Artikel 149b des Militärgesetzes auch künftig das ideale Instrument für die notwendigen Diskussionen und das Herbeiführen gemeinsamer Entscheidungen» sehen wollen.

Das Parlament in der Pflicht – mehr Hoffnung als Realität

Das klingt nach Defensive. Geboten wäre die energiegeladene Offensive für eine sicherheitspolitische Generaldebatte. Diese müsste zukunftsfähige Antworten suchen auch zur Wehrpflicht, zur inneren Sicherheit und zur Neutralität. Anzustreben wäre der enge konzeptionelle Bezug zur Aussenpolitik.

Wenn sich Landesregierung und VBS dagegen sperren, dann wären die Mitglieder der eidgenössischen Räte aufgerufen, für Remedur zu sorgen. Die parlamentarischen Instrumente reichen für die sicherheitspolitischen Weichenstellungen aus. Leider dürfte die damit gekoppelte Hoffnung eine trügerische sein. Zu bezweifeln ist nicht der gute Wille, wohl aber die Neigung, sich mit dem unumgänglichen Aufwand in die komplexe und komplizierte Materie einzuarbeiten. Wohin es führt, wenn die Sachkompetenz fehlt, haben wir bei der Revision des Militärgesetzes erfahren. Zentral waren so schicksalhafte Themen wie die Länge der Rekrutenschulen und der Bestand der Durchdiener. Mit dieser Lust fürs Detail kann die sicherheitspolitische Strategie als perspektivischer Wurf nicht gelten.

Der Verdacht ist nicht abwegig, dass sich die Politikerinnen und Politiker vorzugsweise dann für die Armee interessieren,

wenn sie regionale Wirtschaftsprobleme verursachen könnte. Waffenplätze und Zeughäuser, denen die baldige Aufhebung droht, motivieren stärker als die Entwicklung einer langfristigen Strategie. Es wird als mühselig und am Ende als fruchtlos eingestuft, den Wählerinnen und Wählern die Vorteile einer abstrakten Gesamtschau zu erklären. Konkrete Partikularleistungen eignen sich für die Sympathiewerbung besser.

Für die Debatte über die sicherheitspolitische Strategie müssten sich in der Grossen und Kleinen Kammer Sternstunden ereignen. Solche sind selten. Die Voraussage ist erlaubt, dass das eidgenössische Parlament auf Initiative seiner sicherheitspolitischen Kommissionen bestenfalls eine Grundsatzdiskussion in Angriff nimmt, ohne jedoch ideologische Schranken zu sprengen und kreative Qualitäten zu erreichen.

Programmiertes Desinteresse

Nicht nur der «classe politique», sondern uns allen fehlt das Vertrauen ins erhellende Spiel mit freien Gedanken und in den geistigen Höhenflug. Wir verwenden gerade mal für den engen praktischen Zweck die Brainstorming-Methode als Miniversion des offenen intellektuellen Ringens um die beste Lösung. Unsere Neigung zur Bodenhaftung, Detailversessenheit und Rechthaberei beweist sich in jeder Parlamentsdebatte, in jedem «Zischtigsclub» und besonders illustrativ in jeder «Arena».

Es kann nicht angenommen werden, dass sich die Lust an der vorurteilslosen, innovativen und ferne Zeithorizonte streifenden Auseinandersetzung ausgerechnet an der sicherheitspolitischen Strategie entzünden soll. Bundesrat und VBS haben ihre Weigerung signalisiert. Die parlamentarischen Kapazitäten sind beschränkt. Die Tages- und Wochenmedien begleiten sicherheitspolitische Vorstösse mit einigem Interesse, übernehmen die Vorreiterrolle aber nicht. Kein Funke springt auf die Öffentlichkeit über. Dazu ist die Materie zu dicht und zu fachspezifisch. Allgemein nimmt die Anteilnahme an Armeebelangen ab. Wenn höchste Stellen verkünden, die Bedrohungen, Gefahren und Risiken seien seit Jahren unverändert, dann ist programmiert und garantiert, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in Sorglosigkeit wiegen und ganz gewiss nach keiner neuen Strategie rufen.

Desinteresse und Passivität hängen auch damit zusammen, dass offiziell über die Schweizer Milizarmee in einer Art und Weise kommuniziert wird, die das spezialisierte Wissen hauptberuflicher Militärpersonen bedingt. Das ist eine schleichende Form, die Milizarmee in eine Berufarmee zu verwandeln und ihre gesellschaftliche Verankerung auszuhebeln.

Chancen erkennen und nutzen

Es scheint, als stünden die militärischen Milizorganisationen und die ASMZ mit ihrem sicherheitspolitischen Strategiepostulat allein. Das ist unangenehm, enttäuschend und zugleich eine Chance.

Einsamen Rufern in der Wüste hängt das Image an, weltfremd zu sein, unbelehrbar und starrköpfig. Und sie könnten sich ja tatsächlich im Unrecht befinden. Wer auf so viel offenen und verdeckten Widerstand stösst, muss einiges aushalten. In unserem Falle lohnt es sich. Denn das Eintreten für eine sicherheitspolitische Strategie ist aus den dargelegten Gründen notwendig. Ihr Vorhandensein würden auch jene schätzen, die sich zunehmend fragen, wohin die Reise der Schweizer Armee geht, welchen Nutzen sie bringt, was sie zu leisten hat und kosten darf. Klarheit, Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit brauchen eine markante Auffrischung.

Unter den gegebenen Umständen richten sich die Erwartungen an SOG und ASMZ. Beide verfügen über die Kompetenz, die Motivation und die Ressourcen, den öffentlichen sicherheitspolitischen Diskurs vorzubereiten, zu starten und zu organisieren. Am Ende werden Parlament, VBS und Bundesrat nicht mit der Forderung nach einer Strategie konfrontiert, sondern mit der Strategie selber. Der kämpferische Strategiewechsel führt zur Strategie.

SOG und ASMZ sind vorzüglich gerüstet, die Basis zu schaffen und den Rahmen abzustecken, um über den Tagesgeschäften und mit Einbezug aller relevanter Kreise ein sicherheitspolitisches Konzept zu diskutieren und zu formulieren. Das bestehende Vakuum wartet darauf, mit einer aktualisierten, weitsichtigen und prägnanten Strategie gefüllt zu werden. Die Miliz ist gefordert und muss sich mit breitem Gehör einmischen. Die Medien werden es mit ihrer Aufmerksamkeit danken, die Politik mit der Bereitschaft, die klärende gedankliche Vorarbeit parlamentarisch umzusetzen.

Wenn der Berichterstattung nach Artikel 149 b des Militärgesetzes, den VBS-Studien und Begründungen der Armeereorganisation die Überzeugungskraft fehlt und deshalb mehr Fragen aufgeworfen als Antworten erteilt werden, dann ist es höchste Zeit, für Orientierung zu sorgen. Es bleibt nach Lage der Dinge ungenügend, die Festlegung der Marschrichtung lediglich einzufordern; in der Situation steckt der Auftrag, das Heft selber in die Hand zu nehmen und für eine sicherheitspolitische Strategie zu sorgen. Taten statt Worte! Die Wahrnehmung dieser Chance wäre ein Befreiungsschlag. Er hätte ohne jeden Zweifel eine deblockierende und fruchtbare Wirkung. ■